

Informationsblatt zur Datenverarbeitung im Rahmen des Hinweisgeberschutzsystems

Wir möchten Sie hiermit darüber informieren, wie wir Ihre Daten verarbeiten.

1. Name und Kontaktdaten

a) verantwortliche Stelle

Stadtwerke Prenzlau GmbH
Freyschmidtstraße 20
17291 Prenzlau

Tel.: 03984 853-0
Fax: 03984 853-199

E_mail: info@stadtwerke-prenzlau.de

b) Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Rechtsanwalt Markus Selent
Klünder & Selent Rechtsanwälte
Schwanebecker Chaussee 5, 13125 Berlin

Tel.: 030 60933555
E-Mail: selent@point-of-law.de

2. Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

a) Welche Ihrer Daten nutzen wir und woher stammen Ihre Daten?

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten, die bei der Meldung eines Hinweises angegeben wurden.

Hierzu können folgende Daten gehören: Vorname, Name und Kontaktdaten (z.B. Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Anschrift) der hinweisgebenden Person, sofern diese ihre Identität offenlegt; der Inhalt des Hinweises; der Inhalt der hochgeladenen Dokumente sowie Daten zu Personen, die Gegenstand des abgegebenen Hinweises sind (z.B. Namen, Verhalten usw.). Die Natur und der Umfang der Daten hängen stark von dem mit dem Hinweis geschilderten Sachverhalt ab. Es kann sich um vielfältige Arten von personenbezogenen Daten handeln, so dass auch besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Art.9 Abs.1 DSGVO Gegenstand der Datenverarbeitung sein können (z.B. Gesundheitsdaten).

b) Zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre Daten?

Mit dem Hinweisgeberschutzsystem wird ein internes Warnsystem zur Meldung von Gesetzesverstößen, unternehmensinterner Richtlinienverstöße sowie sonstigen unrechtmäßiges Verhaltens umgesetzt. Die abgegebenen Hinweise führen idealerweise zu einer frühzeitigen internen Problemlösung und Stärkung der Compliance.

Hinweisgebende Personen können die Beobachtung von Gesetzesverstößen melden, ohne persönliche oder rechtliche Nachteile befürchten zu müssen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Hinweisgeberschutzsystems ist die für die verantwortliche Stelle bestehenden gesetzlichen Verpflichtung (Art.6 Abs.1 S.1 lit.c DSGVO) aus dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) zur Einrichtung interner Meldekanäle. Gemäß § 10 HinSchG dürfen hierzu personenbezogene Daten – auch die besonderer Kategorien nach Art.9 Abs.1 DSGVO – verarbeitet werden.

c) Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden mindestens so lange aufbewahrt, wie es zur Prüfung des gemeldeten Sachverhalts erforderlich ist. Die weitere Speicherdauer richtet sich sodann nach dem Ergebnis der Sachverhaltsprüfung und kann sich z.B. im Falle der Geltendmachung bzw. Abwehr rechtlicher Ansprüche an den gesetzlichen Verjährungsfristen orientieren.

Sofern die Speicherung der Daten nicht mehr erforderlich ist und auch keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen (insbesondere steuer- und handelsrechtliche Vorschriften) bestehen, werden Ihre Daten umgehend gelöscht.

d) automatisierte Entscheidungsfindung

Eine Datenverarbeitung durch bzw. aufgrund automatisierter Entscheidungsfindung und Profiling findet nicht statt.

3. Weitergabe Ihrer Daten

a) Wer bekommt Ihre personenbezogenen Daten?

Ihre Daten erhält zunächst die mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer internen Meldestelle beauftragte Person. Wir haben diese Person vertraglich zur Einhaltung des Datenschutzes sowie der Vertraulichkeit verpflichtet.

In Abhängigkeit der Prüfung des mit dem Hinweis dargelegten Sachverhaltes kommen weitere Empfänger Ihrer Daten in Betracht. Die verantwortliche Stelle informiert die von einer derartigen Datenweitergabe Betroffenen grundsätzlich noch einmal gesondert, es sei denn, dass die Information die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung zivilrechtlicher Ansprüche beeinträchtigte, die Verarbeitung Daten aus zivilrechtlichen Verträgen beinhaltet und der Verhütung von Schäden durch Straftaten bzw. der Strafverfolgung dient.

Innerhalb der verantwortlichen Stelle erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zweckgebunden im Rahmen des Hinweisgeberschutzsystems. Dies sind zunächst die Personalabteilung sowie der Vorstand bzw. die Geschäftsführung. Empfänger der Daten können auch die Personen und Stellen sein, die Gegenstand des abgegebenen Hinweises sind.

Von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter und Dienstleister können im Rahmen der Datenverarbeitung Ihre Daten erhalten. Dies sind Unternehmen in den Kategorien IT-Dienstleistungen und Telekommunikationsanbieter.

Ihre Daten werden nur dann weitergegeben, soweit dies erforderlich ist, die für den Verantwortlichen bestehenden rechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Datenübermittlung befugt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z.B. auch öffentliche Stellen und andere Institutionen (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Ämter, Behörden) sein.

b) Werden Ihre Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaaten) kann dann zweckgebunden stattfinden, wenn dies im Rahmen der aufgrund des Hinweises erfolgenden Sachverhaltsermittlungen erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist oder Sie eine entsprechende Einwilligung erteilt haben.

4. Ihre Rechte

Sie haben ein Recht auf Auskunft (Art.15 DSGVO), Berichtigung (Art.16 DSGVO), Löschung (Art.17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art.18 DSGVO), Datenübertragbarkeit (Art.20 DSGVO) sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art.21 DSGVO). Bitte kontaktieren Sie uns unter otto@guericke.de, wenn Sie diese Rechte ausüben möchten.

Eine ggf. erteilte Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Hiervon wird die Rechtmäßigkeit der bis zu Ihrem Widerruf erfolgten Datenverarbeitung nicht berührt.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen bestehende datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt, können Sie sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe bei einer Aufsichtsbehörde beschweren. Die Beschwerde können Sie insbesondere an eine Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltes, ihres Arbeitsplatzes oder dem Ort des mutmaßlichen Verstoßes richten.

Version 0.1 des Informationsblattes